

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. März 1995

am Donnerstag, dem 16. März 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	1	Kubatschka, Horst (SPD)	4, 5
Börnsen, Arne (Ritterhude) (SPD)	41	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6, 50	
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	8, 9	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU) 25, 26	
Caspers-Merk, Marion (SPD)	2, 3	Meckel, Markus (SPD)	37, 38
Dreßen, Peter (SPD)	46, 51	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	11, 24
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	20, 21	Peters, Lisa (F.D.P.)	13, 14
Erler, Gernot (SPD)	32, 33	Dr. Rochlitz, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Follak, Iris (SPD)	54, 55	Saibold, Halo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	43, 44
Gansel, Norbert (SPD)	34, 35	Schulz, Werner (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Haack, Karl-Hermann (Extertal) (SPD)	52, 53	Schulze, Frederick (CDU/CSU)	36
Hustedt, Michaele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 27, 45		Steen, Antje-Marie (SPD)	15, 16
Irber, Brunhilde (SPD)	60, 61	Stiegler, Ludwig (SPD)	10, 42
Janssen, Jann-Peter (SPD)	58, 59	Wallow, Hans (SPD)	12, 19
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	30, 31	Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	17, 18
Kastner, Susanne (SPD)	56, 57	Zierer, Benno (CDU/CSU)	7, 47
Kauder, Volker (CDU/CSU)	39, 40		
Dr. Köster-Loßack, Angelika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, daß in den neuen Bundesländern Zivildienstplätze in erheblichem Umfang fehlen und daher nicht alle verfügbaren Zivildienstpflichtigen ihren Zivildienst ableisten können, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um diesen Zustand möglichst schnell zu beenden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Abfallvermeidung den Trend von der Mehrwegflasche zur Bierdose, der sich u. a. darin zeigt, daß allein in Bayern im ersten Halbjahr 1994 der Dosenbieranteil um 85,7% gestiegen ist?
3. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Sieht es die Bundesregierung hinsichtlich der eingeführten Mehrwegsyste me bei Bier als bedrohlich an, daß Dosenbier bei steigender Tendenz mit zwischenzeitlich 12,6% am Gesamtausstoß von Bier in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, und beabsichtigt die Bundesregierung gegen diesen Trend z. B. im Rahmen der Novellierung der Verpackungsverordnung oder durch den Er laß einer Mehrwegverordnung etwas zu unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

4. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Sind einzelne Mitglieder der Bundesregierung dazu bereit, öffentlich zum bevorzugten Kauf von Orientteppichen aufzurufen, die mit dem sogenannten „Rugmark-Label“ als Zeichen einer Fertigung garantiert ohne den Einsatz von Kinder-

arbeit gekennzeichnet sind, wie dies von Staatssekretär Wighard Härdtl in seinem Schreiben vom 8. November 1994 für die Zeit nach der Markteinführung solcher Teppiche in Aussicht gestellt wurde?

5. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die sogenannte „Care & Fair“-Organisation, die als Konkurrenz zur gemeinnützigen Rugmark-Stiftung von Teppichhändlern gegründet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter
**Dr. Helmut
Lippelt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung auf Ersuchen der israelischen Regierung im Fall des 1986 über dem Libanon abgeschossenen israelischen Piloten Ron Arad im Gespräch mit iranischen Behörden, und wie beurteilt sie die Vorwürfe des Vorsitzenden des Außenpolitischen und Verteidigungsausschusses des israelischen Parlaments, Uri Orr, sie habe in der Angelegenheit Ron Arad völlig falsche Informationen verbreitet, um damit ihre Handelsbeziehungen zum Iran und die diesem Land gewährten Umschuldungen zu rechtfertigen, wie dies in der Frankfurter Rundschau vom 24. Februar 1995 berichtet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß durch ein Gesetz zur Strafbarkeit der „Vergewaltigung in der Ehe“ der letzte Rest persönlicher Beziehungen zwischen den Ehepartnern zerstört werden könnte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

8. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)** Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, wie die rund 6 000 Planstellen bei der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Wegfall der Kindergeldkassen bei der Bundesanstalt ab 1996 verwendet werden sollen?
9. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)** Ist die Bundesregierung bereit, diese Planstellen für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung, der Kontrolle von Werkverträgen sowie der Verbesserung des medizinischen Dienstes der Beratungskapazitäten bei der Arbeitsverwaltung einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

10. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler
(SPD)** Wie ist der Stand der auf der Grundlage des Erlasses der Konzeptionellen Leitlinie des Bundesministeriums der Verteidigung vom 12. Juli 1994 angekündigten Planungen zur Heeresstrukturreform, einschließlich der Festlegung der Krisenreaktionskräfte, und mit welchen Konsequenzen werden die oberpfälzer Bundeswehrstandorte Amberg, Pfreimd, Oberviechtach, Cham und Roding zu rechnen haben?
11. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)
(SPD)** Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung, das der Ableistung eines Wehrdienstes mehr öffentliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung beimißt, als dem Forschungsprojekt EVIMED, welches in einem weltweit einzigartigen Verfahren einen Spezialprozessor zur verbesserten Operationsplanung und -kontrolle in der Kopf-, Neuro- und Herzchirurgie entwickelt?
12. Abgeordneter
**Hans
Wallow
(SPD)** Trifft es zu, daß das „Institut für Wehrmedizinallstatistik und Berichtswesen“ der Bundeswehr entgegen früheren Aussagen des Bundesministeriums der Verteidigung doch nicht von seinem jetzigen Standort Remagen an den neuen Standort Andernach verlegt werden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

13. Abgeordnete
Lisa Peters
(F.D.P.)
- Wie begründet die Bundesregierung die Diskriminierung der Arzneimittelhersteller, die dadurch entsteht, daß diejenigen Arzneimittel, die durch das Bundesinstitut für Arzneimittel eine Nachzulassung erhalten, mit einer anderen Zulassungsnummer versehen werden, während parallel importierte Arzneimittel die übliche Zulassungsnummer erhalten?
14. Abgeordnete
Lisa Peters
(F.D.P.)
- Wie verantwortet die Bundesregierung, daß durch das frühere Bundesgesundheitsamt (heute Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte) immer noch am Willen des Gesetzgebers vorbei eine Entscheidung über Neuzulassungen bei Arzneimitteln mit bekannten Wirkstoffen nicht in dem vorgeschriebenen Zeitrahmen von maximal sieben Monaten erfolgt, sondern die Hersteller drei bis vier Jahre darauf warten müssen?
15. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das sogenannte hämolytisch-urämische Syndrom, das durch Bakterien der Gruppe enterohämorrhagische Escherichia coli verursacht wird, und wie viele Fälle dieser Erkrankung sind der Bundesregierung bekannt?
16. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang eingeleitet – besonders angesichts der offensichtlich überaus leichten Übertragbarkeit von Tier zu Mensch und von Mensch zu Mensch –, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren und sie vor der Gefahr zu schützen?
17. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung in Zukunft dafür Sorge tragen, daß ihre eigenen Behörden das Vertrauen in die gesetzlichen Regelungen fördern, wenn eine Behörde des Bundes den Krankenversicherungen nahelegt, erneut in einen Wettbewerb um die niedrigen Risiken (z. B. in ländlichen Regionen) einzutreten, und auf diese Weise das Vertrauen in die Funktionsweise des Risikostrukturausgleichs der Krankenversicherungen untergräbt?

18. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß bei Konflikten zwischen betriebswirtschaftlichen Interessen einzelner Kassen und dem gesellschaftspolitischen Interesse an Beitragsgerechtigkeit die Wahrung der Rechte der Versicherten-gemeinschaft im Vordergrund stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

19. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung es bislang versäumt, in ihrer Verantwortung als Miteigentümerin der Deutschen Lufthansa AG eine Beförderungspolitik des Unternehmens anzustreben, die dem britischen Schriftsteller Salman Rushdie die Benutzung der deutschen Fluglinie ermöglicht?
20. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)
- Existieren seitens der Bundesregierung rechtsverbindliche, einklagbare Zusicherungen, daß beim geplanten Bau der A 13 Dresden – Prag nur eine stadtnahe bzw. stadtschneidende Variante finanziert würde?
21. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)
- Plant die Bundesregierung aufgrund der Deckungslücke im Bundesverkehrswegeplan Kürzungen beim Projekt A 13, und wenn ja, in welchem Umfang sind die einzelnen Abschnitte von der Kürzung betroffen?
22. Abgeordneter
Dr. Jürgen Rochlitz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist der Bundesminister für Verkehr bereit, seinen Einfluß bei der Deutschen Bahn AG geltend zu machen, damit bei dem im Mannheimer Rangierbahnhof geplanten Frachtzentrum und Container-Terminal für den Lkw-Verkehr eine unmittelbare Anbindung an das überörtliche Straßennetz realisierbar wird?
23. Abgeordneter
Dr. Jürgen Rochlitz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Gleise werden auf welcher Streckenlänge für dieses Frachtzentrum der Deutschen Bahn AG in Mannheim benötigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

24. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)
(SPD)** Wie verträgt sich diese Haltung mit den Plänen der Bundesregierung, gerade im Bereich der Zukunftstechnologie am Wissenschaftsstandort Deutschland Arbeitsplätze zu sichern? *)
25. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)** Inwieweit führen die Kontrollen von nuklearen Forschungsanlagen in Deutschland durch die IAEA und durch EURATOM zu Doppelarbeit der Kontrollbehörden und zu vermeidbarer zusätzlicher Belastung für die betroffenen Forschungseinrichtungen?
26. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)** Trifft die Behauptung zu, daß der größte Teil aller Kontrollmaßnahmen an nuklearen Anlagen durch die IAEA und EURATOM in Deutschland stattfindet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

27. Abgeordnete
**Michaele
Hustedt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Wie soll eine in der vom Auswärtigen Amt in Auftrag gegebene Studie über die Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rußland bei der Vernichtung russischen Plutoniums aus Atomwaffen empfohlene enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in technischer, finanzieller und zeitlicher Hinsicht konkret ausgestaltet werden, und welche Aussagen und Empfehlungen werden in der Studie über die Errichtung einer Pilotanlage in Rußland und eine mögliche Verlegung der Hanauer Fabrik nach Rußland zur Herstellung von Mischoxid-Brennelementen aus russischem Atomwaffen-Plutonium gemacht?
28. Abgeordnete
**Dr. Angelika
Köster-Löfack
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Wieso hat das Auswärtige Amt der bekannten indischen Frauenrechtlerin Madhu Kishwar, die anläßlich des 8. März 1995 (Internationaler Frauentag) von amnesty international für deren Pressekonferenz zur Eröffnung einer internationalen Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen an Frauen (am 7. März 1995) eingeladen

*) siehe hierzu Frage 11

war, durch die Deutsche Botschaft in New Delhi nicht rechtzeitig ein Einreisevisum erteilt, obwohl dieses bereits am 2. März 1995 von der Visa-Abteilung für den 4. März 1995 amnesty international gegenüber mündlich zugesagt worden war, und wieso wurde der Frauenrechtlerin am Sonntag, 5. März 1995 mit dem Hinweis, daß „noch keine Antwort vom Bundesverwaltungsamt vorliege“, immer noch kein Sichtvermerk erteilt und sie auch am Montag vertröstet, obwohl die Botschaft damit wissend in Kauf nahm, daß Frau Kishwar ihren Termin versäumen würde?

29. Abgeordnete
**Dr. Angelika
Köster-Loßack**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wieso wurde bei Frau Kishwar, die sich bereits mehrfach in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt und der bei früheren Reisen ein Sichtvermerk innerhalb einer Stunde ausgestellt wurde, diesmal ein Sichtvermerk so lange verzögert, bis sie den Termin, zu dessen Anlaß amnesty international die ganze Reise geplant hatte, nicht mehr wahrnehmen konnte, und trifft der Eindruck zu, daß die Botschaft die bereits zugesagte Visumserteilung so lange verzögerte, weil sie damit die Arbeit von amnesty international zu Themen, die der Botschaft oder der Bundesregierung bzw. deren indischen Partnern unangenehm sind, behindern wollte?

30. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in den fortlaufenden Verstößen der Tschechischen Republik gegen die Menschenrechte und die Grundfreiheiten der deutschen Minderheit ein Hindernis für einen möglichen Beitritt Tschechiens in die Europäische Union?

31. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen die durch das jüngste Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts in Brünn bestätigte und durch die fortgeltenden Beneš-Dekrete bestehende Diskriminierung der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik?

32. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Was tut die Bundesregierung, um den Bürgern von Belarus, die in der NS-Zeit in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder Ghettos festgehalten worden waren, die erforderlichen Informationen über ihren Anspruch auf Geldmittel aus der „Humanitären Regelung“ für die NS-Opfer zukommen zu lassen?

33. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung, um die mit der Verteilung der Gelder im Rahmen der „Humanitären Regelung“ für die NS-Opfer in Belarus befaßte Stiftung zu einer zügigeren Bearbeitung der Auszahlungen an die Anspruchsberechtigten zu veranlassen?
34. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, den anhaltenden Gefährdungen und Erschwernissen, die mit dem Aufenthalt der deutschen Polizeibeamten in Mostar und der Angehörigen des Auswärtigen Amtes in Sarajewo während und außerhalb des Dienstes verbunden sind, Rechnung zu tragen und der mit ihrem Auftrag verbundenen besonderen Verantwortung und Risikobereitschaft dadurch zu respektieren, daß die Auslandsentschädigung bzw. der Risikozuschlag in der dafür vorgesehenen Höchststufe festgesetzt wird?
35. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Welche Waffen bzw. Rüstungsexporte sind nach Ende des Golfkrieges aus Deutschland an Staaten gegangen, die gegenüber Israel feindlich eingestellt sind und sieht sich die Bundesregierung aus diesen Gründen verpflichtet, ein drittes U-Boot an Israel zu liefern, nachdem die Bundesregierung bereits unmittelbar nach dem Golfkrieg versucht hat, die illegalen Rüstungshilfen aus Deutschland für die Raketen und Giftgasrüstung des Iraks vor dem Golfkrieg mit der Lieferung von zwei U-Booten zu kompensieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

36. Abgeordneter
Frederick Schulze
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über Transferleistungen einer Partei nach Libyen vor?
37. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Welche Folgen erwartet die Bundesregierung mit dem Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens am 26. März 1995 und die damit verbundene drastische Verschärfung der Personenkontrollen an der EU-Außengrenze für die Grenzabfertigung an der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze, und inwiefern hat man sich mit der tschechischen und polnischen Regierung verständigt, um die damit wachsenden Anforderungen an den ohnehin schwer überlasteten Grenzübergängen zu bewältigen?

38. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Welche Maßnahmen auf deutscher Seite sind vorbereitet worden bzw. wurden bilateral vereinbart, um die zu erwartenden Probleme bei der Grenzabfertigung so weit es geht zu mildern?
39. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Europol in seiner jetzigen und auch zukünftigen Organisationsform zur Bekämpfung der ständig wachsenden grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ausreicht, zumal sich Europa immer mehr zum kriminalgeographisch offenen Operationsraum entwickelt?
40. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung ergriffen, um den bisher sehr schlep- pendem Ausbau von Europol dergestalt zu beschleunigen, daß auch Autoschieber, Asyl- Schlepper, Zuhälter und Atom-Schmuggler von Europol verfolgt werden?
41. Abgeordneter
Arne Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei einer im Februar 1992 von der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesminister des Innern“ beantragten Durchsuchung der Räume der PDS in Berlin (Handkasse des Vorstandes) Barmittel beschlag- nahmt wurden, die sich aus 13 verschiedenen Fremdwährungen zusammensetzten und einen Wert von umgerechnet ca. 1 Mio. DM hatten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Planungen für den Bau und die gemeinsame Nutzung von Grenzübergängen entlang der tschechisch-bayerischen Grenze und welche Anstrengungen unternimmt die Bundes- regierung, damit zumindest auf deutscher Seite der Bau der gemeinschaftlichen Grenzabferti- gungsanlagen an den Grenzübergängen Wald- sassen und Bärnau zügig fertiggestellt werden kann?
43. Abgeordnete
Halo Saibold
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht das Konzept der Oberfinanzdirektion München zur organisatorischen Straffung der Bundesvermögensverwaltung auf Ortsebene aus und trifft es zu, daß nur noch die beiden BV-Ämter in München und Augsburg bestehen bleiben sollen?

44. Abgeordnete
Halo
Saibold
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Treffen Befürchtungen von Bediensteten des Bundesvermögensamtes Passau zu, daß aufgrund des „Konzepts zur organisatorischen Straffung der Bundesvermögensverwaltung auf Ortsebene“ oder aufgrund anderer organisatorischer Maßnahmen im Bereich der Oberfinanzdirektion München nur noch die beiden BV-Ämter in München und Augsburg bestehen bleiben und infolgedessen auch das Bundesvermögensamt in Passau aufgelöst wird?
45. Abgeordnete
Michaele
Hustedt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung mittlerweile bekannt, wann die Entscheidung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) über die Kreditvergabe für das Atomkraftwerk Mochovce, Slowakei, fallen wird, und in welchem Sinne wird die Bundesregierung den deutschen Direktor der EBRD anweisen?
46. Abgeordneter
Peter
Dreßen
(SPD)
- Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, damit weitere DM-Aufwertungen zum Nachteil der exportierenden Wirtschaft verhindert werden und der Arbeitsmarkt nicht noch weiter belastet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

47. Abgeordneter
Benno
Zierer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um im Zuge des Aufbaus Ost Fehlplanungen und -investitionen und ungerechtfertigte persönliche Bereicherungen besser als bisher zu verhindern, und wie kann insbesondere ein Mißbrauch und „Mitnahmeeffekt“ bei den zahlreichen Steuervergünstigungen vermieden werden?
48. Abgeordneter
Werner
Schulz
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher Gutachten oder sonstiger fachlicher Expertisen will die Bundesregierung das Investitionszulagengesetz 1993 dahin gehend ändern, daß die fünf- bzw. zehnprozentige Investitionszulage ab 1997 in den neuen Ländern nur noch Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie gewährt werden sollen, während eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zu dem Ergebnis kommt, daß diese Zulage generell als Basisförderung für alle Investoren bestehen bleiben sollte?

49. Abgeordneter
Werner Schulz
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit würde durch die Einbeziehung kleiner und mittlerer Handelsunternehmen in die fünf- bzw. zehnprozentige Investitionszulage ab 1997 das Gewicht dieser Branche bei der Schaffung von Selbständigkeit und Beschäftigung in den neuen Ländern erhöht, und welche zusätzlichen Ausgaben würden durch die Einbeziehung der genannten Unternehmen schätzungsweise auf den Bund zukommen?
50. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Wiederaufnahme der seit dem ersten Golfkrieg Anfang der achtziger Jahre ausgesetzten Hermes-Kredite für die Iran-Geschäfte der deutschen Industrie, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Einschätzung des Bundeskriminalamtes, nach denen „der Iran bei der Verfolgung von Gegnern/Oppositionellen vor schwersten Straftaten nicht zurückschreckt und dabei keine Rücksicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen nimmt“ sowie die Aufforderung der US-amerikanischen Regierung, auf Kreditgarantien an den Iran zu verzichten?
51. Abgeordneter
Peter Dreßen
(SPD)
- Angesichts der Tatsache, daß eine Aufwertung der D-Mark bezogen auf die wichtigsten 18 Handelspartner innerhalb eines Jahres von rund 7% stattgefunden hat (BMWi-Tagesnachrichten Nr. 10289, 8. März 1995), frage ich die Bundesregierung, welcher Prozentsatz bei den Lohnverhandlungen im exportierenden Gewerbe rechnerisch erreichbar gewesen wäre, wenn diese Aufwertungen nicht stattgefunden hätten?
52. Abgeordneter
Karl-Hermann Haack
(Extertal)
(SPD)
- Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die Ursachen für den Rückgang der Besucherzahlen von Urlaubern in Deutschland, der in den letzten zwei Jahren zu verzeichnen ist?
53. Abgeordneter
Karl-Hermann Haack
(Extertal)
(SPD)
- Plant die Bundesregierung neue Maßnahmen angesichts des zurückgehenden Interesses an einem Urlaub in Deutschland und ist sie überzeugt, daß die Aktivitäten der Deutschen Zentrale für Tourismus keinen Anteil an dem Rückgang der Urlauber haben?
54. Abgeordnete
Iris Follak
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Beschwerden bekannt, die vor der New Yorker Menschenrechtskommission gegen Vertreter der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) erhoben werden?

- | | |
|--|--|
| 55. Abgeordnete
Iris Follak
(SPD) | Wann und mit welchem Ergebnis wurde zuletzt die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel des Bundes für die DZT geprüft? |
| 56. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Beschlagnahme des Vermögens der New-York-Abteilung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), und wie wird die Bundesregierung auf die Leitung der DZT einwirken, um für die Zukunft wirksam die Praktiken auszuschließen, die zu der Beschlagnahme geführt haben? |
| 57. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD) | Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß im Falle einer Verurteilung der DZT in den USA, wodurch ein Schaden von bis zu 2,5 Millionen DM entstehen kann, dieser nicht vom Steuerzahler beglichen wird? |
| 58. Abgeordneter
Jann-Peter Janssen
(SPD) | Wie prüft die Bundesregierung, ob die eingesetzten Fördermittel des Bundes für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) effektiv für die Darstellung des Urlaubslandes Deutschland von der DZT eingesetzt werden? |
| 59. Abgeordneter
Jann-Peter Janssen
(SPD) | Kann die Bundesregierung ausschließen, daß ihre Fördermittel – wie in der Presse angegeben – von der DZT für „rauschende Abschiedsfeste“ verwendet werden? |
| 60. Abgeordnete
Brunhilde Irber
(SPD) | Hat die Bundesregierung angesichts einer nahezu alleinigen Finanzierung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) aus Bundesmitteln jemals versucht, einen objektiven Qualitätsnachweis der Tätigkeit der DZT zum Beispiel über die Fremdenverkehrsämter zu erhalten, und falls nein, ist die Bundesregierung bereit, nach dieser Fragestunde ein solches Meinungsbild über die Tätigkeit der DZT einzuholen? |
| 61. Abgeordnete
Brunhilde Irber
(SPD) | Nach welchem Konzept fördert und gestaltet die Bundesregierung die Auslandswerbung für das Tourismusland Deutschland? |

Bonn, den 10. März 1995

